

Antrag 115/II/2025**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Schutz und Sichtbarkeit jüdischen Lebens – Gegen jeden Antisemitismus jeden Tag****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

1 Seit dem 7. Oktober 2023, dem Tag des brutalen Massakers
 2 der Hamas an israelischen Zivilist*innen, erleben wir auch
 3 in Berlin und in ganz Deutschland einen drastischen An-
 4 stieg antisemitischer Vorfälle. In diesem Land, das sich zu
 5 „Nie wieder“ bekennt, müssen Jüdinnen*Juden aktuell je-
 6 den Tag um ihre Sicherheit fürchten – sei es auf der Straße,
 7 in der Schule, auf dem Campus oder im Internet. Sichtba-
 8 re jüdische Identität ist für viele Menschen zur Gefahr ge-
 9 worden.

10

11 Allein in Berlin wurden im Jahr 2024 bisher 2.521 antisem-
 12 tische Vorfälle dokumentiert – fast doppelt so viele wie im
 13 Vorjahr. Deutschlandweit spricht der Bundesverband RIAS
 14 von über 8.600 Vorfällen im Jahr 2024 – das sind durch-
 15 schnittlich mehr als 23 pro Tag. Seit dem 7. Oktober 2023
 16 sind die täglichen Vorfälle im Vergleich zur Zeit davor um
 17 ein Vielfaches gestiegen. Dazu zählen Übergriffe, Bedro-
 18 hungen, Sachbeschädigungen, Propaganda und digitale
 19 Hetze. Besonders besorgniserregend ist der Anstieg ge-
 20 walttätiger Übergriffe und der gezielten Angriffe auf jüdi-
 21 sche Einrichtungen. Die Angst ist real: Viele jüdische Men-
 22 schen trauen sich nicht mehr, eine Kippa zu tragen oder
 23 hebräische Gespräche in der Öffentlichkeit zu führen. Jü-
 24 dische Eltern haben Angst, ihre Kinder in eine jüdische Ki-
 25 ta oder Schule zu schicken.

26

27 Hinzu kommt der stark gestiegene israelbezogene Antise-
 28 mitismus, der unter dem Deckmantel vermeintlicher „Is-
 29 raelkritik“ die Grenze zum offenen Judenhass überschrei-
 30 tet. Fahnenverbrennungen, Holocaustverharmlosungen,
 31 antisemitische Parolen auf Demonstrationen und im Netz
 32 sowie die Leugnung des Existenzrechts Israels gehören zur
 33 bitteren Realität. Solche Narrative speisen sich aus ver-
 34 schwörungsideologischen, aus religiös begründetem Ex-
 35 tremismus, aus rechtsextremen und auch aus linken Kon-
 36 texten – sie dürfen nicht relativiert oder geduldet wer-
 37 den. Israelbezogener Antisemitismus ist Antisemitismus.
 38 Punkt.

39

40 Die Reaktionen von Politik und Gesellschaft reichen bis-
 41 lang nicht aus. Weder werden die Betroffenen ausrei-
 42 chend geschützt, noch ist die Präventionsarbeit so wirk-
 43 sam, wie sie sein müsste. Wir sehen die dringende
 44 Notwendigkeit, jüdisches Leben in Berlin und in ganz
 45 Deutschland besser zu schützen, sichtbarer zu machen
 46 und gegen Antisemitismus jeder Form konsequent vorzu-
 47 gehen – auf der Straße, in Institutionen und im digitalen

48 Raum.

49

50 **Deshalb fordern wir:**

51

52 **Flächendeckende Antisemitismus-Bildung** in Schulen, Universitäten, öffentlichen Einrichtungen und Sicherheitsbehörden. Diese Bildung muss regelmäßig, verpflichtend und mit der Perspektive der Betroffenen gestaltet werden.

53

54 **Erhöhte Sicherheitsvorkehrungen** für jüdische Einrichtungen, Gedenkorte und kulturelle Veranstaltungen. Dazu gehört auch die finanzielle Förderung für Sicherheitsmaßnahmen, Schutzkonzepte und Polizei-Präsenz, wo nötig und gewünscht.

55

56 **Stärkere Strafverfolgung antisemitischer Taten.** Polizei und Justiz müssen personell und inhaltlich besser aufgestellt werden, um antisemitische Straftaten klar zu benennen, konsequent zu verfolgen und angemessen zu ahnden.

57

58 **Klare und sichtbare Solidarität mit jüdischem Leben** – von staatlichen Akteur*innen, Parteien, Zivilgesellschaft und auch den demokratischen Jugendorganisationen. Schweigen oder Relativierungen sind keine Option.

59

60 **Digitale Verantwortung übernehmen:** Plattformen müssen verpflichtet werden, antisemitische Inhalte schneller zu löschen. Die Europäische Union muss sozialen Netzwerken in die Pflicht nehmen, um Hate Speech effizient zu bekämpfen und digitale Schutzräume zu schaffen.

61

62 **Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsstrukturen** wie RIAS, OFEK oder jüdischen Selbstorganisationen. Be troffene antisemitischer Gewalt müssen psychosoziale, rechtliche und finanzielle Unterstützung erhalten – unbürokratisch und solidarisch.

63

64 **Erinnerungskultur stärken und erneuern.** Gedenkarbeit soll verständlich und niedrigschwellig sein. Wir fordern die verstärkte Förderung von Projekten, die Erinnerung lebendig machen und junge Menschen für die Realität jüdischen Lebens heute sensibilisieren.

65

66 **Antisemitismus ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit, sondern der Gegenwart.** Als Jusos stehen wir in der Verantwortung, jüdisches Leben in Deutschland nicht nur zu tolerieren, sondern aktiv zu schützen und zu stärken. Wer „Nie wieder“ sagt, muss heute handeln – klar, mutig und unmissverständlich.

67